

## **A5NEU2 5. Kinder- & Jugendhilfe**

Gremium: KMV  
Beschlussdatum: 26.11.2022  
Tagesordnungspunkt: 1.7. Kapitel 5 - Kinder- & Jugendhilfe

### **Text**

1 Unser Ziel ist es, qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und bezahlbare  
2 Angebote für alle Kinder anzubieten. Die Kinderrechtskonvention ist am  
3 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen  
4 verabschiedet worden. An den darin formulierten Kinderrechten orientieren wir  
5 unsere Forderungen für Lübeck in Bezug auf Kinder- und Jugendhilfe.

- 6 1. Alle Kinder und Jugendlichen in Lübeck haben die gleichen Rechte. Kein  
7 Kind oder Jugendlicher darf benachteiligt werden.

8 Mit sozialraumorientierten Budgets sollen die Unterstützungsbedarfe von Kindern  
9 und Jugendlichen besser erkannt und berücksichtigt werden. Durch die Einführung  
10 eines Sozialtarifs mit kostenfreien Schüler\*innentickets soll Kindern und  
11 Jugendlichen bis einschließlich 10. Klasse die kostenlose Nutzung des ÖPNV  
12 ermöglicht werden. So stellen wir sicher, dass kein Kind mehr benachteiligt  
13 wird, nur weil es sich das Busticket nicht leisten kann oder Lehrer\*innen auf  
14 Schulausflüge verzichten, um Familien nicht mit zusätzlichen Kosten für die  
15 Nutzung des ÖPNV zu belasten.

16 Lübeck braucht eine Fachkräftestrategie für den gesamten Bereich der  
17 Kinderbetreuung. Die Stadt Lübeck muss mit gutem Beispiel vorangehen, z.B. durch  
18 Übernahmegarantien, duale Ausbildung zur Erzieher\*in/sozialpädagogische  
19 Assistentin mit fairer Bezahlung, Verzicht auf befristete Arbeitsverträge oder  
20 Stipendien. Wir achten darauf, dass Stellen für Fachkräfte angemessen bewertet  
21 werden.

- 22 2. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, gesund zu leben,  
23 Geborgenheit zu finden und keine Not zu leiden.

24 Wir setzen uns dafür ein, dass die Ernährungs-, Demokratie- und  
25 Nachhaltigkeitsbildung in KiTas weiter ausgebaut wird. Es soll einen Runden

Tisch gegen Kinderarmut geben. Der Kampf gegen Kinderarmut ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen und wurde durch die Corona-Pandemie weiter erschwert. Niedrigschwellige Angebote für Eltern mit besonderen Herausforderungen in Familie und Erziehung müssen weiter ausgebaut werden. Insbesondere sollte es dabei um Entlastungsangebote für Eltern gehen. Über entsprechende Angebote muss verstärkt leicht verständlich informiert werden. Die KiTas der Zukunft müssen klimaneutral sein. Die Einführung von Umweltmanagementsystemen wie z.B. EMAS Easy können dabei einen großen Beitrag leisten.

3. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht zu lernen und eine Ausbildung zu machen, die ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.

Wir müssen mehr KiTa-Plätze schaffen, um möglichst jedem Kind Betreuung in Wohnnähe zu ermöglichen. Die Schließzeiten sollen den Bedürfnissen bzw. der Nachfrage angepasst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verpflegungsentgelte für alle Kinder im gleichen Maße subventioniert werden, in städtischen wie in den KiTas der freien Träger. Es ist eine nachhaltige, gesunde und möglichst regionale Ernährung notwendig, die auch jetzt schon mindestens den aktuellen Empfehlungen der "Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. DGE" entsprechen sollte.

.

Die Situation der Kindertagespflegepersonen hinsichtlich Vertretung, Qualifikation und Bezahlung werden wir weiter im Blick behalten und kritisch begleiten.

Die Budgetvergabe für die freien Träger von KiTas muss zukünftig transparent sein. Es soll sich um Jahresbudgets handeln, die durch die Träger frei verwaltet werden können.

Für den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf gibt es umfassende Unterstützungsstrukturen. Diese sollen durch eine kommunale Steuerung besser vernetzt werden. Für Jugendliche ohne Berufsausbildung sollen die Kapazitäten für zielgerichtete und niedrigschwellige Berufsorientierungsangebote erhöht werden. Produktionsschulen verbinden schulische und praktische Einheiten zur Berufsvorbereitung und sind eine sinnvolle Vorbereitung zur Integration auf dem Arbeitsmarkt. Wir setzen uns dafür ein, dass deutlich mehr Plätze in Lübeck zur Verfügung gestellt werden. Wünschenswert ist zudem, dass eine Flexibilität in den Maßnahmen geschaffen wird, die es Jugendlichen ermöglicht, Berufsvorbereitung bedarfsgerecht und individuell mit Eingliederungshilfen zu kombinieren.

4. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht zu spielen, sich zu

erholen und künstlerisch tätig zu sein.

Lübeck braucht mehr barrierearme Spielflächen und -räume, damit alle Kinder miteinander spielen können, unabhängig von körperlichen oder geistigen Einschränkungen. So werden spielerisch Barrieren und Vorurteile überwunden und Brücken gebaut. In integrativen Spielräumen kann auf kindgerechte Weise eine Verbindung zwischen Menschen geschaffen werden, die sonst meist gesellschaftlich voneinander getrennt spielen. Das entspricht unserem Verständnis von Inklusion.

Wir setzen uns für mehr NaturKiTas ein, denn der Aufenthalt in der Natur wirkt sich ganzheitlich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Jede KiTa soll ein Ort der Vielfalt und Inklusion sein.

Museen und Theater sind elementare Bestandteile der kulturellen Bildung. Im Museum und im Theater lernen schon die Kleinsten, sich für Neues und Unbekanntes zu begeistern. Deshalb sollten Kinder bis zum 14. Lebensjahr freien Zutritt in die Museen und Theater haben und darüber hinaus bis zum 18. Lebensjahr einmal im Monat.

Angebote für Kinder und Jugendliche, wie z.B. Jugendzentren, sind oft noch zu unbekannt. Hier soll zielgerichtet und besser informiert werden, z.B. mit Infotagen an Schulen. Es braucht mehr Freizeitangebote und Möglichkeiten zum Zusammenkommen im öffentlichen Raum für Kinder und Jugendliche. Hier sollten die z.T. unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen erfragt werden und entsprechend umgesetzt werden z.B. Skateplätze oder Sport-Parcours, geschützte Bereiche mit Sitzgelegenheiten und Tischen. Wünschenswert wäre verfügbares freies WLAN an diesen Orten.

5. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, bei allen Fragen, die sie betreffen, mitzubestimmen und zu sagen, was sie denken.

Kommunalpolitische Entscheidungen und Vorhaben wirken sich oftmals unmittelbar auf Kinder und Jugendliche aus. Direkt beteiligt werden Kinder und Jugendliche in Lübeck jedoch zu wenig an politischen Prozessen.

Wir fordern eine konsequente Umsetzung des Rechtes auf Kinder- und Jugendbeteiligung in politischen Gremien und in Bereichen der Verwaltung mit Unterstützung des aktuell laufenden Prozess des Programms "Demokratie leben." Die Jugendlichen müssen über mögliche Modelle für Beteiligung informiert und in die Entscheidung mit einbezogen werden. Die so gewählten Vertreter\*innen sollen in allen politischen Gremien teilnahme- und stimmberechtigt sein.

Im Rahmen des Beteiligungsprozesses "Lübeck über:morgen" wurden Kinder und Jugendliche zwar gehört, ihre Ideen und Forderungen jedoch bisher kaum weiter verfolgt. Wir machen uns stark für die Umsetzung ihrer Wünsche.

Wir wollen die in Lübeck bereits vorhandenen Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche bekannter machen. Notwendig ist hier sowohl die verstärkte Nutzung digitaler Medien, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen, als auch der Einsatz von Beteiligungs-Lotsen in Bildungseinrichtungen.

### 6. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht auf Schutz vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung:

Kinder und Jugendliche sollen in Lübeck sicher und gewaltfrei aufwachsen können. Starke und selbstbewusste Kinder und Jugendliche sind besser vor Gewalt geschützt. Sie können ihre Wünsche und Beschwerden benennen und einbringen. Wir wollen daher vorhandene Präventions- und Selbstverteidigungskonzepte weiter fördern und ausbauen. Wir brauchen mehr niedrigschwellige Aufklärungsangebote für Kinder und Jugendliche über Gewaltschutz. Einrichtungen, denen Kinder und Jugendliche anvertraut sind, können eine entscheidende Rolle bei der Gewaltprävention spielen. Gerade in KiTas, Schulen und Vereinen wollen wir daher Schutzkonzepte und Schulungen für Beschäftigte einführen. Kinder und Jugendliche in erzieherischen Hilfen benötigen fachlich und personell besonders gut ausgestattete Unterstützungsangebote. Jugendliche aus stationären Einrichtungen oder Pflegefamilien werden so lange unterstützt, bis eine gesicherte Perspektive entwickelt ist. Entlassungen in die Wohnungslosigkeit müssen ausgeschlossen werden.

Für hilfesuchende Jugendliche brauchen wir niedrigschwellige, digitale Zugänge zu Hilfe- und Beratungsangeboten. Die vorhandenen Strukturen wollen wir erhalten und weiter ausbauen. Lübeck braucht eine Beratungsstelle für konsumierende und suchtkranke Jugendliche, sowie die Einrichtung einer intensivpädagogischen Wohngruppe.

### 7. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, sich alle Informationen zu beschaffen, die sie brauchen, und ihre eigene Meinung zu verbreiten.

In unserer heutigen digitalen Welt müssen alle Angebote und Antragsverfahren für Kinder und Jugendliche digital zur Verfügung gestellt werden, um echte Teilhabe zu ermöglichen. Eine Informationskampagne soll dies begleiten.

Gesellschaftliche Partizipation kann heute nur noch gelingen, wenn Kinder und

Jugendliche die notwendigen Informationen erhalten, damit sie sich gesellschaftlich und politisch orientieren und eigene Standpunkte entwickeln können. Deshalb muss das Social Media Angebot der Stadt deutlich ausgeweitet werden. Online-Medien bieten die Gelegenheit, mit anderen zu gesellschaftlich relevanten Fragen niedrigschwellig in den Austausch zu treten, eigene Standpunkte darzulegen und auf gesellschaftliche und politische Prozesse und Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

Medienkompetenz ist ein elementarer Bestandteil für die Teilhabe an der Gesellschaft, deshalb sollte sie so früh wie möglich vermittelt werden. Medienerziehung schon in der KiTa kann Bildungschancen eröffnen. Kinder können schon in der KITA lernen, wie sie Medien nicht nur zur Unterhaltung nutzen, sondern auch als Informationsquelle, als Kommunikationsmittel oder als Werkzeug für kreatives Arbeiten.

8. Kinder und Jugendliche haben das Recht, dass ihr Privatleben und ihre Würde geachtet werden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. So steht es im Grundgesetz und gilt für Kinder und Jugendliche ganz besonders, da sie mehr als Erwachsene von der Willkür anderer abhängig und darauf angewiesen sind, dass ihnen Angebote auch zugänglich gemacht werden. Das Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche muss deutlich ausgebaut werden. Wir brauchen ein eigenes Mädchenzentrum, ein eigenes Jugendzentrum, die queeren Beratungsangebote sollen gefördert werden und es braucht dezentrale, von Schulen getrennte, niedrigschwellige und anonyme Beratungsangebote für Jugendliche.

Mit einer digitalen Lübeck-Card für alle unter 18 Jahren können finanzielle Hilfen auf einer Karte erfasst werden (Bildungsfond, Sportverein, ÖPNV, etc.). Das Einführen einer einheitlichen Lübeck-Card schützt finanziell geförderte Kinder und Jugendliche vor Stigmatisierung.,

9. Kinder und Jugendliche haben das Recht, im Krieg und auf der Flucht besonders geschützt zu werden.

Wir sorgen dafür, dass auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche das Recht auf Schutz, auf kindgerechte Umgebung, auf Bildung, gute Gesundheitsversorgung, auf gleiche Chancen und soziale Teilhabe gewahrt wird. Dafür wollen wir weitere niedrigschwellige Strukturen zur Unterstützung und Beratung schaffen. Die Sprachmittlungsangebote für Arztbesuche und andere Erledigungen im Alltag möchten wir ausbauen.

168 10. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder besonderen Bedarfen haben  
169 das Recht auf besondere Fürsorge und Förderung, damit sie aktiv am Leben  
170 teilnehmen können.

171 Gleichberechtigte Mitbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft für Kinder und  
172 Jugendliche mit Behinderungen oder besonderem Unterstützungsbedarf kann nur  
173 gelingen mit inklusiver Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere Angebote  
174 außerhalb von KiTas und Schulen sind wichtig für die Förderung der  
175 Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und  
176 besonderen Bedarfen. Wir wollen Sportvereine ermutigen, integrative Angebote  
177 auszubauen.